

entwerten kann. Man wird deshalb den Werken nicht ganz verbieten können, Arbeiterkolonien zu errichten. Aber von der Gesetzgebung muß gefordert werden, daß sie den Unternehmern den Mißbrauch solcher Anlagen zur Ueber-vorteilung, gesundheitlichen Schädigung und wirtschaftlichen Fesselung der Arbeiter unmöglich macht. Das ist zu erreichen, indem solche Kolonien scharfen baupolizeilichen Vorschriften und nach ihrer Vollendung einer strengen Wohnungsinspektion unterstellt werden, indem ferner vor allem den Unternehmern verboten wird, die Dauer des Mietkontrakts von der Dauer des Arbeitsverhältnisses abhängig zu machen. Für die Mietverträge müßte, um eine Umgehung dieses Verbots zu verhindern, eine Minimalmündigkeitsfrist vorgeschrieben werden.

Die Sozialdemokratie hat im Reichstag den Weg, der hier angedeutet ist, bereits beschritten. Sie wird die Ergebnisse des Rabbodprozesses bei der weiteren Verfolgung des Ziels zu verwerten haben. Dem letzten Ausläufer des Trudsystems muß ein Ende bereitet werden, je eher desto besser!

## Weltpolitik und Finanzreform.

Die Finanzklemme, in der sich das Deutsche Reich befindet und aus der es durch eine schwere Schröpfung der Arbeitermassen befreit werden soll, hängt aufs engste mit der Weltpolitik zusammen. Es gab eine Zeit, zu Ende der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, wo dem Proletariat vorgetäuscht wurde, Imperialismus und Demokratie gehörten zusammen. Chamberlain versuchte den Arbeitern klar zu machen, sie würden am ehesten Sozialreformen bekommen, wenn sie daran mitwirkten, den Kapitalisten die Schätze fremder Weltteile zuzuführen. Und hier in Deutschland schwafelten die Nationalsozialen von einem demokratisch-imperialistischen Kaisertum, das sich im gemeinsamen Interesse von Kapitalisten und Arbeitern bei der Aufteilung der Welt Geltung verschaffen sollte.

Das Klassenbewußte Proletariat hat sich dadurch nicht beirren lassen. Es hat sofort klar erkannt, daß Weltpolitik und demokratische Reformpolitik sich wie Feuer und Wasser vertragen und gerade die extremsten Gegensätze bilden. Neulich wurde von dem früheren Nationalsozialen und jetzigen Genossen Hildebrand in den sogenannten Sozialistischen Monatsheften ausgeführt, zur Zeit der ersten Flottenvorlage, im Jahre 1898, als es in der Welt noch was zu teilen gab, habe der nationalsoziale Standpunkt seine Berechtigung gehabt; aber heute, wo durch das Erwachen Afrikas der Imperialismus zusammengesprossen und nichts mehr zu holen ist, treffe die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie das richtige. Diese Auffassung beweist nur, daß der Autor sich noch völlig in nationalsozialen Gedankengängen bewegt und daß ihm die Gründe, die die Sozialdemokratie 1898 so gut wie 1909 zum grundsätzlichen Widerstand gegen alle Weltpolitik trieben, fremd geblieben sind.

Das Proletariat stand der Weltpolitik von Anfang an grundsätzlichen ablehnend gegenüber, weil diese nur seinen Feinden Vorteile bringt und ihm nichts als Schaden zufügt. Die Weltpolitik trägt den feindlichen Wettbewerber der Bourgeoisien verschiedener Länder über die ganze Welt. Sie bedeutet ein Wettrennen der Großmächte, alle Weltteile, die zuvor dem internationalen Verkehr offenlagen, zu beschlagnahmen. Sie bedeutet grausame Kolonialkriege, nur um dem Kapital neue Anlagegebiete zu eröffnen. Sie bedeutet die Verschärfung der internationalen Gegensätze, Steigerung der Gefahr blutiger Kriege zwischen den zivilisierten Völkern, woran das Proletariat selbst kein Interesse hat und worin es doch sein Leben und sein Blut zu opfern haben wird.

Aber nicht nur für den Fall einer kriegerischen Explosion, sondern alle Tage leidet die Arbeiterklasse unter der Weltpolitik. Weltpolitik bedeutet Militarismus und Flottenpolitik. Der Wettbewerb bedeutet Wettläufen. Der Rüstungswahnsinn erfordert immer mehr Millionen und laßt eine ungeheure Schuldenlast auf die Schultern der Völker. Wettläufen bedeutet hohe Profite für die Kanonen- und Panzerplattenpatrioten und zugleich schwere Steuern für die Volksmassen. Viel Geld für Armee und Flotte bedeutet kein Geld für soziale Reformen. Ist das Geld, das die Steuern einbringen, für

trag, und den er als ein Zeichen höchster Bornehmtheit betrachtete.

Die Leute aus der Nachbarschaft respektierten Don Joaquin, was sie übrigens nicht hinderte, ihn in seinem Glend recht unbedeutend zu unterstützen und gern Sonnabends die zwei Heller Schulgeld zu vergessen. Er hatte so viel gesehen, dieser Mann! Er hatte die ganze Welt durchzogen! Zuerst war er Eisenbahnbeamter gewesen, dann Steuerannahmehelfer in einer der entlegensten Provinzen von Spanien; man erzählte sogar, er wäre in Amerika gewesen und hätte dort die Tätigkeit eines Feldhüters ausgeübt.

„Don Joaquin,“ sagte seine dicke Frau, „war niemals in der Lage, in der er sich jetzt befindet. Wir sind aus sehr guter Familie, das Anglika hat uns so weit heruntergedrückt, doch wir haben Augen schneeflecken beiseite.“

Und die Kattschweiber der Huerta verehrten Don Joaquin wie ein höheres Wesen, wobei sie sich ein wenig über den grünen Gehrock mit den viereckigen Schößen lustig machten, den er an Festtagen anzog, wenn er in der Arche von Alborana die Hochmesse zu singen hatte.

Vom Glend hierhergetrieben, war er mit seiner dicken, faulen Ehehälfte an diesem Orte gescheitert, wie er an jedem andern auch hätte scheitern können. Er half dem Dorfschreiber, wenn es Extraarbeiten gab, und bereitete aus nur ihm bekannten Pflanzen gewisse Tränke, die in den Nachthöfen Wunder wirkten. Darum gab auch alle Welt gern zu, daß der Mann viel verstand; und unbefragt, man könne Einspruch erheben, weil er nicht das geringste Diplom besaß, oder ihm eine Schule entziehen, die ihm nicht einmal Brot einbrachte, verfuhr er mit Stockschlägen seinen Schülern das Buchstaben und etwas Lebensart beizubringen. Sie waren nämlich alle, ohne Ausnahme, kleine Spitzbuben von fünf bis zehn Jahren, die in den freien Tagen mit Steinen nach den Hügeln warfen, Obst stahlen und auf allen Wegen der Huerta Jagd auf die Hunde machten.

(Vortsetzung folgt.)

Dreadnoughts nötig, so kann es nicht zugleich für Kulturzwecke, für Schulen, für Alterspensionen verwendet werden. Das bekommen jetzt die englischen Arbeiter empfindlich zu spüren, und ihre Friedensliebe, die sie neulich sogar den deutschen Patrioten zu beteuern für nötig hielten, ist daher sehr verständlich.

Zumersicht hat das Flottenbauen für die englische Bourgeoisie noch einen vernünftigeren Sinn als für die deutsche. Jene lebt zu einem bedeutenden Teil von der Ausbeutung überseeischer Kolonien und braucht daher eine gestärkte Vorherrschaft auf dem Meere. Für die englische herrschende Klasse ist das Wettlaufen eine bittere Sache und sie bezahlt daher auch einen Teil der Kosten aus der eigenen Tasche. Das Defizit, das die Dreadnoughts in das letzte englische Budget brachten, wurde zu zwei Dritteln mittels Besteuern ausgefüllt.

Schlimmer liegt die Sache für die deutschen Arbeiter. Hier bedeutet die Weltpolitik nicht den Verlust eines sonstigen Vorteils, eine Beschränkung der Sozialreform — denn daß hier die herrschenden Klassen bedeutende Summen aus der Staatskasse zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter auswenden würden, war von vornherein ausgeschlossen —, hier bedeutet die Weltpolitik eine direkte Schädigung der Arbeiter, weil ihnen durch Verbrauchssteuern die Kosten auf die Schulter gelegt werden. Das findet seinen Grund in der Natur der deutschen Flottenpolitik. Diese war keine harte Notwendigkeit für die deutsche Bourgeoisie, sondern von Anfang an entsprang sie neben den Weltmachtphantasten der höchsten Regierungspersonen nur der schmutzigsten Gewinnlust großindustrieller Profitjäger. Sie war ein Mittel, den kartellierten Staatslieferanten Millionen aus den Taschen des Volkes zuzuführen, und dieses Ziel wäre verfehlt, wenn nicht die Kosten der Volkskasse aufgebürdet werden könnten. Mit Recht wurde bei der Tirpitzschen Flottenvorlage, vor zehn Jahren, in unserer Presse hervorgehoben, daß die ganze Flottenagitation auf einmal in Nichts verschwinden würde, wenn die besitzenden Klassen selbst irgendeinen erheblichen Teil der Kosten bezahlen sollten.

Die sozialistischen Arbeiter haben das sofort vorausgesehen und sind auf den imperialistischen Schwindel nie hereingefallen. Sie haben von Anfang an eingesehen, daß die Weltpolitik keine Vorteile, sondern nur schwere Lasten für sie bedeute, und sie haben ihr daher immer einen prinzipiellen und energischen Widerstand entgegen gestellt. Sie wußten, daß sie die Jede bezahlen würden. Der Brotwuchertarif von 1902 bildet den ersten, die heutige Finanzreform den zweiten Teil der Rechnung, die dem Proletariat und den anderen Volksklassen für die Weltpolitik der Bourgeoisie präsentiert wird. Es wird die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, in kräftigen Kundgebungen den Massen den Ursprung der Finanznot klar zu machen und damit ihren Protest gegen die volksfeindliche Finanzreform zu einem Protest gegen das ganze Regierungssystem zu gestalten.

Denn wie in dem Ursprung, so kommt auch in der Lösung der Finanzmisere die Herrlichkeit des deutschen Regierungssystems in ihrer ganzen Schönheit zum Vorschein. In keinem andern Lande würden die besitzenden Klassen so ungeniert den Hauptteil der Kosten, dem darbenenden Volke aufbürden und noch dazu ein widerliches Schacherispiel und einen endlosen Zanf um den kleinen Teil aufführen, den sie selbst tragen sollen. In keinem andern Lande würden sie es wagen, die Volksmassen, die schon unter schweren Verbrauchssteuern leidet, noch unerträglicher zu belasten. Aber die Ungerechtigkeit des Volkes zählt eben in der Politik der herrschenden Klassen nicht mit. Während in andern Ländern diese Politik auf Bewusstheit der Massen durch Wahrung des Scheines und kleine Konzessionen abzielt, herrscht in Deutschland die Methode der brutalen Unterdrückung. Die Herrschenden nehmen keine Rücksicht auf die Volksmassen, weil sie darauf rechnen, jeden Widerstand gewaltsam niederzuschlagen.

Nur aus dieser Natur des Regierungssystems lassen sich eine Weltpolitik und eine Finanzreform erklären, die den Charakter einer frechen Verhöhnung des Volkes tragen. Aber wie jede neue Verhöhnung dieses Systems so wird auch diese dazu beitragen, die Empörung der Massen zu steigern, bis schließlich das ganze System darunter zusammenbricht.

## Bewerkschaftsbewegung.

### Ein fragwürdiges Mittel.

Im Kampfe der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen fallen zahlreiche Opfer. Das Unternehmertum — mag es als Sieger, mag es als Besiegter aus einem blutigen Kampfe hervorgegangen sein — sucht seinen Haß gegen die aufstrebende, den Profit bedrohende Arbeiterklasse dadurch zu kühlen, daß es einzelne, die Führer der Arbeiter, herausgreift und wirtschaftlich zu vernichten sucht. Tausende und Abertausende sind so schon auf dem Kampfplatze geblieben. Die Arbeiterklasse verliert natürlich diese Opfer nicht, sondern sucht ihnen eine neue Existenz zu schaffen oder sie in einer selbstgeschaffenen zu unterbringen. Entstanden so auf der einen Seite die vielgeschmähten „Parteiämter“ oder sonstigen, auf die Distribution angewiesene Einzelpersonen, so lag es auf der andern Seite oft nahe, hier auch den gewerkschaftlichen Gedanken in die Tat umzusetzen. Namentlich wo es sich um Gemahregelte solcher Verufe handelte, deren Produkte Konsumartikel der Masse sind, entstanden leicht Produktivgenossenschaften. So rasch sie aber entstanden, so rasch sind sie meist wieder dahingegangen, teils aus Mangel an Vertriebsmitteln, teils aus Mangel an Absatz oder wegen der Unmöglichkeit, mit kapitalistischen Betrieben konkurrieren zu können. Wo ihnen ein längeres Leben beschieden war oder ist, war es aber oft es gewöhnlich ein qualvoller Kampf um die nackte Existenz. Andere solche Produktivgenossenschaften sind reine kapitalistische Gebilde geworden, die ursprünglichen Genossen Kapitalisten, die wie jeder Unternehmer andere für sich arbeiten lassen. Nur einige haben sich zu erhalten gewagt, ja sich entwickelt, und dienen wohl auch im wesentlichen noch dem Zwecke ihrer Gründung. Diese Produktivgenossenschaften haben aber zum Teil einen Boden vorgefunden oder sich zu verschaffen gewagt, auf dem sie — wollten sie keine privaten kapitalistischen Gebilde werden — überhaupt erst gedeihen konnten: den organisierten Konsum oder kapitalkräftige Helfer.

Ein charakteristisches Beispiel für diesen Entwicklungsgang produktivgenossenschaftlicher Unternehmungen bietet die Rheinisch-Westfälische Holzindustrie, G. m. b. H. in W. a. r. m. e. Die der sieben herausgegebenen Geschäftsberichte sagt, wurde die Genossenschaft im Jahre 1905 im Anschluß an einen Lohnkampf im Wuppertal gegründet. Die vorerwähnte

Mahregelung im Kampfe hervorragend tätig gewesener Holzarbeiter ließ keinen andern Weg erscheinen. Die Produktion begann am 24. Februar 1906 mit 2 Angestellten in einer Werkstatt zu Elberfeld. Die Generalversammlung der Holzstelle Elberfeld-Barmen des Deutschen Holzarbeiterverbandes hatte, da die Anteilnehmer (damals alles Holzarbeiter, 41 an der Zahl) keine Kapitalisten waren, in anerkannter Weise den Betrag von 1800 Mk. aus den Mitteln der Lokalfasse als Darlehen der Genossenschaft zur freien Verfügung überwiesen. Hierdurch war es denn möglich, vorläufig in bescheidenen Grenzen zu produzieren. Die ersten Auftraggeber waren Konsumgenossenschaften. Bei diesem Prozeß konnte es denn allerdings nicht ausbleiben, daß immer mehr Arbeitskräfte eingestellt werden mußten und die Arbeitsräume durch Mietung größerer erweitert wurden. So wurde am 1. Mai 1906 eine weitere Werkstatt dazu gemietet. Die Zahl der beschäftigten Genossen hatte 10 erreicht. Aber auch diese zwei Werkstätten reichten nur bis 1. September; der gesteigerten Produktion entsprechend, wurde in Elberfeld eine größere Werkstatt gemietet. Diese wurde dann durch die Zumietung einer kleineren Werkstatt, wo speziell weiße Möbel angefertigt wurden, entlastet. Weiter wurde ab 1. April 1907 zur Forcierung des Möbelgeschäfts ein Laden in Elberfeld gemietet. Am Jahresschluß 1906 waren 18 Genossen beschäftigt, gegen 20 am Schluß 1907. Nun wurden die Räume wieder zu eng; außerdem war, um den Betrieb rentabel zu gestalten, die Aufstellung eigener Holzbearbeitungsmaschinen notwendig. So wurde unter günstigen Umständen ein Grundstück erworben, bestehend aus einem Wohnhaus und einem Fabrikgebäude, mit vier Räumen von je 110 Quadratmeter Fläche, einem 20 P. S. Gasmotor, einem Dynamo und Dampfheizung.

Nachdem nun die Frage des Domizils gelöst war — heißt es in dem Bericht — handelte es sich für die Leitung der Genossenschaft darum, eine sichere finanzielle Grundlage für das Unternehmen zu schaffen. Hier trat nun das ein, was allen Freunden produktivgenossenschaftlicher Unternehmen als praktische Erfahrung für die Folge dienen möge, um dieselben vor Experimenten zu bewahren, die nur der Genossenschaftsbewegung von unberechenbarem Nachteil sein können.

Wenn ein Unternehmen, aufgebaut auf einer fluktuierenden Bevölkerung resp. Mitgliedschaft, Erfolge erzielen will, ist baselbe gezwungen, wenn es allen an sich herantretenden Gesunden um Uebernahme von Arbeiten nachkommen will, den Betrieb über seine finanziellen Mittel hinaus zu erweitern. (Bei Unternehmen in der Holzindustrie trifft es durch die Natur der Produktion zu, daß jede derartige Erweiterung in der Nebengängezeit mit ganz erheblichen finanziellen Lasten verknüpft ist.) Ein derartiges Unternehmen bleibt, wenn es zum größten Teil sich auf Privatkundschaft aufbaut, von Wirtschaftskrisen keineswegs unberührt.

Tritt nun eine derartige Entwicklung ein, kann ist die Frage, was nun? Eine Zurückweisung der Aufträge einzelner Auftraggeber ist fast gleichbedeutend mit Verlust des Abnehmers. Bleibt also nur die Frage, wie bringen wir die erforderlichen Betriebsmittel auf? Wohl mancher Genosse wird hier sagen, nichts einfacher als das, bleibt ja noch Erhöhung des Geschäftsanteils oder Forcierung der Mitgliedszahl; allein auch hier scheitert die Theorie. Ist ein Produktivunternehmen auf die Mitgliedschaft seiner ihm zugehörenden Verkaufsangehörigen aufgebaut, hat die Sache noch einen andern Daken; die im Betrieb beschäftigten Berufscollegen verlangen, unbestimmt um Wirtschaftskonjunktur, mustergültige Arbeitsverhältnisse, was an sich vollständig berechtigt ist. Der andre Teil der Mitglieder, nicht innerhalb des Genossenschaftsbetriebes beschäftigt, die von der Wirtschaftskrise berührt worden sind, zum größten Teil auch aus persönlichen nachliegenden Gründen Mitglieder werden, sind zum überwiegenden Teil außerstande, eine Erhöhung des Geschäftsanteils leisten zu können, der andre kleinere Teil, betrübt durch seine vermeintliche Zurücksetzung bei Einstellungen, tut es ebenfalls nicht.

Bei dieser Art d. d. d. die erfolgte Erhöhung der Mitgliedschaft von 100 Genossenschaftlern 40 stückten ließ, indes 20 gestrichen werden mußten, weil sie teilweise in zwei Jahren noch nicht einmal eine Mark eingezahlt hatten. In eine Erweiterung des Mitgliederkreises sei unter den obwaltenden Verhältnissen (Auszritt eines erheblichen Teiles), überhaupt noch zur Zeit der Wirtschaftskrisis, nicht zu denken gewesen. Wir unsre denkenden Mitglieder war die Situation klar: Verzicht auf jede Gegenleistung, hoch das Prinzip, den Unternehmern der Holzindustrie zu zeigen, daß auch ihrer Diktatur noch ein Paroli geboten werden kann.

Der gute Wille allein hält aber auch eine Genossenschaft nicht aufrecht und so wandte sich die Leitung an den Verband der Konsum- und Produktivgenossenschaften von Rheinland und Westfalen um Hilfe, die ihr auch wurde, und zwar in der schließlichen einzig möglichen Form. Der Verbandstag beschloß einstimmig, die Scheiner-Produktiv-Genossenschaft in Barmen zu einem gemeinsamen Zentralunternehmen der Konsum-Genossenschaften auf Grund der vom Vorstandsstande bekanntgegebenen Abmachungen und des vorgelegten Statutenentwurfs umzugestalten und demzufolge den Konsum-Genossenschaften zu empfehlen, die Mitgliedschaft bei dieser Produktivgenossenschaft zu erwerben und sich mit zahlreichen Anteilen an dem gemeinschaftlichen Unternehmen zu beteiligen.

Hoffen wir, sagt der Bericht ferner, daß auch die heute noch abseits stehenden Genossenschaften von Rheinland-Westfalen des genossenschaftlichen Unternehmens der armen aber mühtigen Scheiner des Wuppertales gedenken, dann wird auch jene einstimmig votierte Resolution beweisen, daß genossenschaftliche Solidarität kein leerer Wahn ist — trotz alledem.

Die Geschichte dieser Produktivgenossenschaft und der in dankenswerter Offenheit gegebene Bericht über ihren finanziellen Stand sind für die Arbeiterklasse ein warnendes Beispiel, in ähnlichen Situationen allzu viel Hoffnungen auf die Gründung von Produktivgenossenschaften zu setzen.

### Leipzig und Umgebung.

Eine rigorose Drohung der Leipziger Elektrischen Straßenbahn.

Der Transportarbeiterverband hatte für heute Abend für das Personal der Leipziger Elektrischen Straßenbahn eine Besprechung angelegt. Als der Werkmeister L i l l e davon erfuhr, rief er sämtliche Werkstättenarbeiter und Wagenwäscher zusammen und erklärte ihnen, daß, wer sich an der Besprechung heute Abend beteilige, sich für Montag morgen als entlassen zu betrachten habe. Vor zehn Jahren erklärte derselbe Herr bei dem Streik, daß er jeder gewerkschaftlichen Bewegung seine Zuneigung bekunde und niemand etwas in den Weg lege. Heute pfeift's aus einem andern Loch und obenrein streitet er heute seine eigenen Worte von damals ab. Wir glauben nicht, daß die Eingeladenen sich durch die blindwichtige Drohung abhalten lassen, ihre Interessen gemeinsam zu besprechen. Aus der Ankündigung spricht doch zu viel schlatternde Angst der Direktion vor ihrem geschlossenen dastehenden Personal. Ueber jeder Solidarität!

Achtung, Bauhilfsarbeiter! Wegen Lohnunterschieden legten heute früh bei der Firma Dierckhoff & Wiedemann aus Dresden, die die Arbeiten auf dem Thüringer Bahnhof ausführt, 70 Mann die Arbeit nieder. Diese Baustelle ist für alle organisierten Arbeiter gesperrt.

Die Verbandsleitung der bauseitigen Hilfsarbeiter Leipzig und Umgebung.